

10.06.2015

# Antrag

der Fraktion der CDU

## **Frühkindliche Bildung braucht Zeit - Erzieherinnen in ihrer wichtigen Arbeit stärken und entlasten!**

### **I. Ausgangslage**

Erzieherinnen und Erzieher leisten wertvolle Arbeit. Durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist die Kinderbetreuung zum qualitativen Beginn der Bildungskette geworden. Damit haben sich auch die Anforderungen im Kita-Alltag in den letzten Jahren gewandelt: In der Kindertagesbetreuung werden Kindern zentrale Kompetenzen vermittelt; jedem Kind soll eine individuelle Förderung zuteilwerden. Das ist notwendig, denn die frühkindliche Bildung ist eine wichtige Phase für die spätere Bildungsbiografie.

Um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, übernehmen Erzieherinnen und Erzieher nicht nur höherwertige Bildungsaufgaben, sondern sie bewerten und dokumentieren auch den Bildungserfolg und die individuelle Entwicklung der Kinder. Damit treffen sie Entscheidungen, die den Bildungsverlauf nachhaltig beeinflussen. Sie verfügen damit nicht nur über mit Grundschullehrern vergleichbare Entscheidungskompetenzen, sondern sie fällen ihre Entscheidungen auch mit den Lehrern und arbeiten in der Praxis vermehrt mit ihnen zusammen.

Es ist unverkennbar, dass Erzieherinnen und Erzieher im Vergleich zum Kindergarten-Alltag vergangener Jahre und Jahrzehnte ein sehr komplexes Feld zu bewältigen haben: Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, Inklusionsarbeit, die Betreuung Unterdreijähriger, Bildungspläne, Kooperationen mit den Grundschulen zur Sicherstellung gelingender Übergänge, alltagsintegrierte Sprachförderung, soziales Verhalten und eine sehr intensive Elternarbeit sind nur einige Themen, die den Kita-Alltag inzwischen stark bestimmen und beeinflussen.

Es gilt dafür Sorge zu tragen, die existierenden Rahmenbedingungen im Tätigkeitsbereich der Kindertagesbetreuung fortzuentwickeln und dahingehend auszugestalten, dass das pädagogische Personal den heutigen Erwartungen und Anforderungen an die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung gerecht werden kann.

Datum des Originals: 10.06.2015/Ausgegeben: 10.06.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Dafür hatte die CDU-geführte Landesregierung bereits im Kinderbildungsgesetz 2007 eine Evaluierung für das Jahr 2011 festgeschrieben, die von der Nachfolge-Regierung jedoch nicht umgesetzt wurde. Stattdessen wurden mit den beiden KiBiz-Revisionen aus den Jahren 2011 und 2014 Mehrbelastungen festgeschrieben, ohne dafür Sorge zu tragen, diese finanziell ausreichend zu untermauern.

Bereits im Zuge der Beratungen zur zweiten KiBiz-Revision wurde sehr deutlich vor steigenden Arbeitsanforderungen und den damit verbundenen Mehrbelastungen in der Kindertagesbetreuung gewarnt und diskutiert. So geht aus einer Stellungnahme der Fachhochschule Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften hervor, dass sich mit einer Neuausrichtung der Sprachförderung - nämlich von Anfang an individualisiert und alltagsorientiert – automatisch die Arbeit und damit auch der Arbeitsaufwand der Erzieherinnen verändert. Wenn diese Bestimmungen auch nur annähernd umgesetzt werden sollen, dann seien Pauschalen, auch wenn sie bis jetzt auskömmlich waren, in Zukunft nicht mehr auskömmlich. Aus der Stellungnahme geht der Wunsch hervor, dass hinter jeder Aufgabe, die formuliert wird, auch das Zeitbudget steht, das eine Erzieherin in die Lage versetzt, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Auch der Verband Bildung und Erziehung NRW (VBE NRW) hob bereits im April 2014 hervor, dass die Landesregierung Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen im Regen stehen lasse, da mit der Konkretisierung der Sprachbildung neue Aufgaben im Elementarbereich gesetzlich festgeschrieben werden. Dies geschehe jedoch im System ohne die notwendigen personellen Ressourcen zur Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels bereitzustellen. Auch für die Vor- und Nachbereitungszeit zur Planung der pädagogischen Arbeit sowie der geforderten alltagsintegrierten Beobachtung und Dokumentation und der Nachbereitung der Arbeit sowie der Erziehungspartnerschaft mit den Eltern seien zu wenige Mittel vorgesehen. Der VBE NRW machte deutlich, dass man eine weitere Implementierung von neuen weiterreichenden Aufgaben ablehne, soweit die strukturellen Verbesserungen hinter dem Anspruch zurückbleiben.

Aktuell scheint die Grenze der Belastbarkeit an vielen Fronten überschritten. Die Erzieherinnen fühlen sich nicht nur ausgelaugt, sondern auch zu schlecht bezahlt angesichts aktueller Bedingungen in den Kitas. Ob ein Kind gut betreut wird, hängt in Nordrhein-Westfalen heute leider häufig von Zufall ab: Ist eine Erzieherin krank und die Vertretungssituation nicht optimal, so geht dies auf Kosten der Kinder.

Wohlwissend, dass Kinder und auch Erzieherinnen Zeiten benötigen, Erlebtes zu verarbeiten und ihre Sinne zu sensibilisieren, wird durch gesetzliche Vorgaben und den daraus stetig wachsenden Mehraufwand eine „Beschleunigung“ des Kita-Alltags provoziert.

Besorgniserregend ist die Tatsache, dass viele Fachkräfte deutlich früher aus dem Erzieherberuf aussteigen: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gibt an, dass nach einer Ausbildung in der Kita rund ein Drittel das Berufsfeld wieder verlässt. Auch Männer – jeder Vierte von ihnen – suchen schnell nach alternativen Tätigkeitsfeldern. Von den Pädagogen mit Zuwanderungsgeschichte scheidet sogar knapp über die Hälfte wieder aus dem Berufsfeld aus.

**II. Der Landtag beschließt:**

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Die Praxis in der Kindertagesbetreuung hinsichtlich gesteigener Arbeitsanforderungen systematisch zu untersuchen und dabei insbesondere
  - die Organisationsstrukturen,
  - die Personalausstattung,
  - die Fortbildungsmöglichkeiten des Personals
  - sowie weitere besondere Herausforderungen (Inklusion, Zuwanderung, unterschiedliche Familienformen etc.)einzubeziehen;
- ein Pilotprojekt im Sinne einer verwaltungsminimierten Kindertagesbetreuung – ggf. unter Einbindung von Verwaltungsassistenzen - zu initiieren.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Christina Schulze Föcking  
Bernhard Tenhumberg  
Jens Kamieth

und Fraktion